

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierjährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 geplatt. Colonialzelle für Arbeitsgesuche 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

## Auferstehen!

Der Tod ist eine unerträgliche Wahrheit, die jeder einmal früher oder später an sich erlebt. Bei vielen aber beginnt das Sterben, lange bevor der Bulleßtag steht und die Herztautigkeit ermittelt. Sie gleichen zwar dem Neukern noch dem Lebenden, aber in der Werkstatt des Gesetzes ist die Arbeit eingestellt; das Herz ist fast und leer geworden; die körperliche Arbeit erfolgt automatisch, ohne vom leitenden Willen besteuert zu werden. Es fehlt nicht an Krankheiten, die dieses allmähliche Sterben verursachen. Eine unverständige Verwöhnmung von frühestem Kindheit an, so daß die Seele gleich einer Treibhauspflanze bei den ersten rauhen Winden des Lebens dahin weilt; blinde Bevormundung durch andere, die es nicht zu einer selbstständigen Regung im Innern kommen lassen; Unglück auf Unglück, dem nur eine geringe innere Kraft gegenüber stand, die dann auch zusammenbrach, Mangel an belebender Wärme des Verständnisses und der Liebe. Noch schlimmer, wenn sich die Finsternis über die ermattete Seele senkt, so daß sie in ihren Lebensäußerungen irregelmäßig wird und das Böse und Gute verwirrt! Diesen armen Überlebenden wird jede Stunde zum Leidenschaft. Sie zählen nach Tausenden, deren Leben ein Sterben ist, wenn sie auch der körperlichen Gesundheit und den Jahren nach noch weit von der letzten Lebensstunde entfernt sind.

Und doch besteht für sie alle die Möglichkeit des Auferstehens zu einem neuen kräftigen Willen. Sie müssen nur fest daran glauben, daß sie leben können wie andere frisch und fröhlig, daß auch sie schaffen können für andere, um diese dadurch glücklich zu machen. Fest glauben an den noch glimmenden Lebensfunken und dann aus ganzem Herzen ihn zur Lebensflamme anzünden wollen! Ein einziger kräftiger Wunsch zum Leben wirkt Wunder. Im Geiste erwacht die schlummernde Gedankenwelt; im Herzen steigt warmeres Füllchen auf, die Hände regen sich wieder zu beseelter Arbeit. Das sterbende Innere erhebt sich zu neuem, freudigen, bewußten Leben und damit zur Liebe zum Leben.

An das Leben glauben, auch wenn das Innere am Sterben ist, leben für sich und andere — das Leben lieben, weiles zur Höhe führt — das heißt in Wahrheit: Auferstehen!

Maria Müller.

## Volkswirtschaftliche Rundschau.

Nichts ist verderblicher für die ruhige Entwicklung des Wirtschaftslebens als wenn die Börse zu Wunschen irgend welcher Hirnermannen sich in Manipulationen einläßt, die geeignet sind, gewissen Wertpapieren der Industrie einen Kurswert zu geben, der mit dem tatsächlichen Stand des Ertrages in keinem Zusammenhang, ja sogar in einem kraassen Missverhältnis steht. Als der Börse jetzt in dieser Hinsicht eine Spekulation ein, vor der die Frankf. Börse warnen zu müssen glaubt. In erster Linie treffen die Kursteuerberichten Klagen von Fabrikanten der Maschinen- u. Industrie. Ein Grund, warum diese Papiere im Kurs steigen, ist nicht abzusehen; die Dividenden, die zur Verteilung gelangen, bieten keine Rechtfertigung. Blödliche Rückschläge, die naturgemäß mit großen Verlusten verbunden sind, hat ein derartiges Vorgehen im Gefolge. Die Gefahr ist um so größer, als auch die Werke selbst betroffen werden; wie leicht leidet ihr Kredit bei einem eventl. Kursrückgang; was das heißt, kann der ermessen, der die kombinierten vielverschuldigten Pfade unserer Kreditwirtschaft kennt.

Gerade die Metallindustrie, die ja gegenwärtig durch die verschiedenen Syndikatsaufstellungen ständig in Unruhe gehalten ist, kann am wenigsten weitere Beunruhigungen brauchen. Die Lage ist ja im allgemeinen keine ungünstige, doch liegt zu besonderen Hoffnungen absolut kein Anlaß vor.

Dies geht schon aus der Lage des Arbeitsmarktes in der Metallindustrie im Monat Februar hervor, der eine Verschlechterung gegen den Vormonat aufweist. Im Januar 1911 kamen auf 100 offene Stellen 232 Arbeitgesuche, im Februar dagegen 250. Diese Zahl bedeutet gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Besserung. Die Arbeitsanträge betrugen da 264. Noch ungünstiger stellt sich das Bild, wenn wir die Metallarbeiter allein betrachten — also unter Ausschluß der Schmiede, Schmiede, Maschinenbau und sonstiger Eisenarbeiter. Die Zahl der Vermittlungen betrug von den 752 Arbeitssuchenden, die an das Reichsarbeitsblatt ihre Berichte eingesandt hatten, 726; die entsprechende Zahl des Vorjahrs lautet 569. Wie sich gerade gegen diesen der Arbeitsmarkt verschlechtert hat, ist am besten aus der Tatsache zu erkennen, daß die Zahl der Arbeitgesuche sich im Februar um 210 erhöht hat. Im Januar 1911 betrug sie 236, im Februar dagegen 446. Diese Zahl ist auch ungünstiger gegen den gleichen Monat des Vorjahrs. Da betrug die Zahl der Arbeitgesuche 418, also ein weniger von 32. Die Gesamtzahl der Arbeitssuchende betrug im Februar 4139, die der

offenen Stellen 927 und die der besetzten wie schon erwähnt 726. Ungleich günstiger stellen sich diese Zahlen im Januar, wo die Zahl der Arbeitgesuche 1886, die der offenen Stellen 798, die der besetzten 569 betrug. Die Arbeitgesuche weisen also eine Vermehrung von 223 auf, während die Zahl der besetzten Stellen nur um 155 stieg. Zu überschwänglicher Hoffnung bilden diese Zahlen absolut keinen Anlaß.

Die Lage des Roheisenmarktes ist unverändert günstig. Wie wir das letzte Mal nach der Köln. Volkszählung sahen, plante der Roheisenverband eine Erhöhung der Preise. Von der Verwirklichung dieser Absicht hat man nichts gehört, man glaubt davon absehen zu sollen, weil der Bedarf bis Ende 1911 schon ziemlich gedeckt sei", d. h. mit andern Worten: bei dem gegenwärtigen Stand der Nachfrage können wir nicht ohne Gefährdung die Preise erhöhen, weil wir sonst fürchten müssen, daß die mit Bedarf vielfach versehenen Konsumtenten noch mehr zurückhalten, als das jetzt geschieht. Das erwartete Frühjahrsgeschäft scheint sich überhaupt nicht in seinem vollen Umfang verwirklicht zu haben, der Export nach dem Ausland insbesondere lädt bauernd zu wünschen übrig.

Von der prekären Lage des Stahlseitenmarktes, der so lange durch die schwierige Frage über den Vorstand der Stahlseitenkonvention in Atem gehalten wurde, haben wir schon des öfteren berichtet. Es scheint nun, als ob die endliche Klarheit, die durch die Auflösung der Konvention geschaffen wurde, einen günstigen Einfluß auf den Markt ausgeübt hat. Während wir von einem anfänglichen Rückgang der Preise zu berichten wussten, haben sie sich in der letzten Zeit wieder festgestellt. Unter 105 M. ist kaum Stahlseiten zu erhalten.

Sie habe schon vorausgesehen, auf die immer größeren Schwierigkeiten hinzuweisen, welche die Bildung über die Fortführung der Schnellseiten verursachen. Die Stahlseitenkonvention wurde nicht mehr erneuert, das gleiche Schicksal ereiste das deutsche Gußrohrenhandelsat, das am 31. März der Auflösung anheim fiel. Es war dies das letzte Syndikat, das im Rüstungsvertrieb noch bestand. Im Jahre 1902 gegründet, hatte es seine eigentliche Abschaffung, als die Männer in manu-Mühlen-Werke aus dem Syndikat ausschieden. Es wird abzuwarten sein, wie sich die Kreisbildung im freien Wettbewerb gestaltet: nach den Kreisen der anderen Rüstungsfabrikate zu schließen, sind die Aussichten keineswegs günstig. Die Auflösung ist wieder ein sicherer Beweis dafür, wie wenig volkswirtschaftliche Gewerbe an der Kräfte der Fortführung eines Syndikats eine Rolle spielen, wenn es einzelnen großen Werken gewinnbringender schreit, Markt und Preis für sich allein zu bestimmen.

In Amerika entwickelt sich der Markt; nachdem ein kleiner Rüttel eingetreten war, wieder in aufsteigender Linie. Die Hochöfen des Stahlrechts sind jetzt mit 72 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Hier wollen wir übrigens hervorheben, daß die unabhängigen Werke insofern auf die Stahlproduktion immer mehr Gebiet an sich reißen. Noch 1901 hat der Stahlrechts 66,2 Proz. der Stahlproduktion gestellt, im Jahre 1910 waren es nur noch 56 Prozent! In der Roheisenproduktion hat er dagegen die Stellung im gleichen Umfang behauptet, wie er sie am Anfang besessen hat.

Aus England kommen Klagen über vollständiges Niedergang der Roheisenmarktes; der Export läuft viel zu wünschen übrig. Dagegen ist der Markt in Hälfzeug und Stahl durchaus befriedigend.

Die Entwicklung, welche die deutsche Elektrizitätsindustrie nimmt, war vor kurzer Zeit Gegenstand der Berichterstattung im Reichstag. Berichtet wurde sie durch den Jahresbericht der Vereinigung der elektrischen Spezialfabriken, diese beschäftigten von den in der Elektrizitätsindustrie tätigen 130.000 Arbeitern ca. 60.000. Der Jahresbericht beklagt sich bitter über die zunehmende Vertreibung in der Elektrizitätsindustrie. Völkisch beherrschten hier zwei große Gruppen den Markt, die Siemens-Schuckertwerke und die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft. Mit Recht wandte man sich im Reichstag gegen diese Entwicklung und verlangte insbesondere, daß der Staat bei Installationen sich der Spezialfabriken bediene. Am ehrigen war die Debatte aber eine ziemlich rechtslose. Was die Lage dieser Industrie betrifft, so ist sie auf allen Gebieten befriedigend.

Von den vorliegenden Geschäftsbüchern bietet der Donnerstagsmarkt über erschließliche Eisen- u. Kohlenwerke M.-G. Haben einige Interesse. Das Aktienkapital dieses Unternehmens beträgt nach seiner Erhöhung im Jahre 1909 um 2,63 Mill. M. heute 12,62 Mill. M. Zur Verteilung kommt eine Dividende von 16 Proz. (14 im Vorjahr.) Die Roheisenproduktion projeziert bzw. dreier Hochöfen betrug 69.200 To., davon verbrauchten die Werke in den eigenen Gießereien 14.675 To.; 57.709 To. wurden verkauft. Im letzten Jahr betrug die Produktion 64.500 To. Die Eisengießerei, Maschinenbauanstalt und Gesellschaft lieferten 26.012 To. an Fertigwaren.

## Wer ist ein Gewerkschafter?

Unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit eine erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen. Tausende christlicher Arbeiter sind durch rege Organisationsarbeit für unsere Sache gewonnen worden. Nun ist es selbstverständlich, daß man alle diese Neulinge in unserer Bewegung noch nicht sofort als vollwertige Gewerkschafter ansehen kann und darf. Aber auch unter denen, welche schon längere Zeit als Mitglied in den Listen ihrer Berufsverbände aufgeführt sind, finden wir noch solche, die auf den Namen Gewerkschafter keinen Anspruch erheben können.

Der aufmerksame Beobachter kann auch unter organisierten Arbeiter sozusagen verschiedene Gruppen unterscheiden, in welchen sich zeigt, inwieweit der einzelne von echt gewerkschaftlichem Geiste erfaßt ist. Da sind zunächst die Mußgewerkschafter. Durch den Druck der organisierten Arbeitskollegen haben sie sich, um eben nicht allein zu stehen, der Organisation angeschlossen. Im übrigen ist ihnen das gewerkschaftliche Leben völlig fremd, ja sogar zuwider. Bei der nächsten Gelegenheit, sei es durch Wechsel der Arbeitsstelle, sei es aus anderen Gründen, werden sie der Gewerkschaft den Rücken kehren.

Eine andere, mit der ersten gleich zu wertende Gruppe bilden diejenigen, welche nur aus materiellem Interesse uns beigetreten sind. Man hat sie mit dem wenig schmeichelhaften Namen „Kassenarbeiter“ belegt. Wo und so lange es eben geht, ziehen diese „Ich-Menschen“ an den Unterstützungsseinrichtungen und berechnen genau, wie sie auf ihre Kosten kommen. Ist dann absolut nichts mehr zu holen, dann: „Abe Verband!“

Sind die beiden bis jetzt gekennzeichneten Typen in jüngster Bewegung, Gott sei Dank, nicht häufig anzutreffen, so wird aber die folgende Gruppe leider einen größeren Prozentsatz ausmachen. Man könnte sie Gewohnheitsgewerkschafter nennen. Sie sind zwar überzeugt von dem Zweck und dem Nutzen der Organisation, aber diese Überzeugung ist nicht durchdringend genug. Sie kommen aus Gewohnheit in die Versammlungen — aber bleiben ihr aus Gewohnheit fern; dem Verbandsorgan schenken sie keine, oder nur sehr wenige Beachtung. Bei der Agitation drücken sie sich, wo sie können. Zur Übernahme eines Vorstands oder Vertrauenspostens sind sie überhaupt nicht zu bewegen. Am liebsten lassen sie anders arbeiten und sind selbst nicht gern belästigt.

Nun ist es aber auf die Dauer unmöglich, mit derartig gesponnenen Kollegen unsere Gewerkschaftsbewegung hoch zu halten. Schon daraus ergibt sich, daß ein eigentlicher Gewerkschafter, also einer von denen, die gleichsam unsrer Bewegung stützen und tragen, ganz anders aufzusehen muß. Vor allen Dingen muß der christliche Gewerkschafter Idealismus besitzen. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung muß ihm ein Stück Lebensinhalt sein. Keine Milken und keine Opfer darf er scheuen, um die gute Sache zu fördern, um sie zu dem zu machen, was er sich im Geiste unter ihr vorstellt. Er muß durchdringen sein von dem Verständnis für die kulturell-sittliche und volkswirtschaftliche Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung. Dazu muß er aber auch einen müßtern und klaren Blick haben für die Aufgaben, die die Gegenwart an sie stellt. Das Wohl der Gesamtbewegung muß ihm stets die Richtschnur sein, für alle seine Arbeiten. „Idealismus, gepaart mit Flugel und Führer Überlegung!“, das sind die Grundtugenden eines tüchtigen Gewerkschaftlers.

Solche Kollegen müssen wir haben und ist es Aufgabe aller derer, die nach dem Geiste den Namen „Gewerkschafter“ für sich beanspruchen, in diesem Geiste erzieherisch zu wirken.

J. L.

## Keine Solidarität ohne Mitbestimmungsrecht!

Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ entstieß sich in ihrer letzten Nummer künstlich über das Verhalten der christlichen Arbeiter auf der Dortmunder „Union“. Bei öffentlichen Versammlungen, die sich mit dem Streik der „Union“ beschäftigen, haben am Freitag, den 31. März in Dortmund stattgefunden. Ein stimmig erklärten die in großer Zahl erschienenen christlichen Arbeiter aller Berufe, daß der christliche Metallarbeiterverband verpflichtet gewesen sei, beim sozialdemokratischen Terror entgegen zu treten und den Streik der Maschinen- und Heizer nicht anzuerkennen. Obwohl die weiteste Möglichkeit geboten war, in der Versammlung einen anderen Standpunkt zu vertreten, hatten die sozialdemokratischen „Führer“ nicht den Mut, den Referenten der christlichen Arbeiter entgegen zu treten. Da demagogischer Manier will nun die „Metallarbeiterzeitung“ dadurch für sich die Situation retten, daß sie schreibt:

„Die Leitung des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes hatte sich aber schon (vor dem Genossen D. Red.) schriftlich an die Direktion gewandt und sich in empfehlende Erinnerung gebracht. Man erfuhr die Direktion, bei einer eventuellen Voraussetzung die christlichen Mitglieder zu berücksichtigen.“

Wer sich noch ein klein wenig gesundes Denken bewahrt hat, dem leuchtet ohne weiteres ein, daß nicht die christlichen Arbeiterschäfer, sondern die Sozialdemokraten an dieser Berücksichtigung schuld sind. Wenn die christlichen Gewerkschaften bei einer Bewegung rücksichtlos ausgeschaltet werden, so haben sie die Pflicht, selbstständig für die interessierten Mitglieder die Rechte zu wahren bei allen im Betracht kommenden Stellen. Traf es sich nun in Dortmund, daß die Eingabe der christlichen Arbeiter noch vor der Eingabe der Genossen bei der Werksleitung einlief, so sind doch die Sozialdemokraten allein daran schuld, weil sie die christliche angebotene gemeinsame Eingabe höhnisch abgelehnt haben.

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, dem das Verleumden und Verdächtigen in diesem Falle zum Glück ist, hat auch noch vor kurzem für sich in Dortmund einen anderen Standpunkt eingenommen. Heute gibt er sich zufrieden ohne jede Vertretung, der Heizer- und Maschinenarbeiterverband macht alles allein; darum sollen auch wir zuschließen sein.

Als vor kurzem auf der Zinshütte in Dortmund die Gewerkschaft ausbrach, verhandelten die Arbeiterausflugsmitglieder, welche sämtlich christlich organisiert sind, allein mit dem Arbeitgeber. Bei Ausbruch des Streiks aber forderten die Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und auch die Hirsch-Dunderschen ihrerseits Vertreter ihres Verbandes in der Kommission. Unser Verband stimmte dem zu und es erhielten Christlicher Metallarbeiterverband 2, Sozialdemokratischer Metallarbeiterverband 1, Hirsch-Dundersche 2 und Bolen 1.

Krasser noch tritt die Doppelmoral der Genossen hervor, wenn wir den Streik in Lünen mit dem „Putsch“ auf der Dortmunder „Union“ in Parallele stellen. In Lünen kam unser Verband mit einer ca. zehnfachen Majorität in Frage. Trotzdem verlangten der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und der Hirsch-Dundersche Gewerkschaften für sich die Hälfte der Kommissionsmitglieder.

In, Bauer, das ist was anderes! Bei dem Streik auf der „Union“ handelt es sich um einen sozialdemokratischen Putsch, den die Genossen vom roten Majestätskriegerband in Szene setzten, da verzichtet der große rote Bruder. In Lünen aber, wo die Christlichen die übergroße Mehrheit haben, da will der Deutsche Metallarbeiterverband mit den Hirsch-Dunderschen, die gleiche Stärke in der Kommission bilden, wie die Christlichen. Es bedürfte dieser Gegenüberstellung nicht, um das Recht auf Anerkennung und Mitbestimmung für die christlichen Metallarbeiter zu begründen. Dieses Recht ist ihnen weiteres gegeben, wenn man von den christlichen Arbeitern Solidarität verlangt. Auch in Dortmund konnte der christliche Metallarbeiterverband um so weniger darauf verzichten in der Kommission vertreten zu sein, weil gerade in letzter Zeit die Art der Streifführung bei den Genossen geradezu gebietertisch eine Kontrolle verlangt, wenn man sich den Vorwurf nicht mit zuziehen will, Arbeiteregistrierungen leichtfertig auf Spiel gesetzt zu haben. In Pforzheim haben wir eine solche Blüte sozialdemokratischer Gewissenlosigkeit erlebt. Oberstein, Stettin, Mannheim, und jetzt auch in Dortmund, der durch Schuld der Genossen verlorene Streik auf der „Union“ zeigen den christlichen Metallarbeitern, daß der christliche Metallarbeiterverband alle Ursache hat, den Sozialdemokraten auf die Finger zu sehen, wenn sie Streiks einfädeln. Der Ausspruch des Genossen Kronshage in einer Versammlung der Arbeiter der „Union“ der christlichen Metallarbeiterverband müßte auch im Interesse der sozialdemokratischen Partei ausgeschaltet werden, zeigt uns wo wir stehen. Dazu kommt noch die Niederlegung der Arbeit unter Kontraktbruch, die der christliche Metallarbeiterverband nicht mitmacht. Blindlings lassen wir uns nicht in Streiks treiben, vielleicht, weil sie der sozialdemokratischen Partei dienen sollen. Möge die sozialdemokratische Presse nur ruhig Zeter und Mordio schreien. Beruhigte Arbeiter wissen, was sie davon zu halten haben.

Bengalisch beleuchtet aber erscheint die Doppelmoral des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in diesem Falle, wenn man seinen wirklichen Streitbruch gegen die eigenen Genossen in Eisenburg und in Solingen betrachtet. Wie die Wahrheitsliebe des Deutschen sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in solchen Situationen von den eigenen Genossenbrüdern eingeschüchtert wird, zeigt uns die Nr. 13 des „Stahlwarenarbeiters“ der dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband wegen seinem neuesten Streitbruch in Solingen das Heinesche Zitat wider:

„Gott gab uns nur einen Mund,  
Weil zwei Mäuler ungefähr.  
Mit dem einen Maul seien  
Schätz' zwiel der Erdensohn.  
Wenn er doppelmäßig war,  
Fräß' und lög' er auch noch mehr.  
Hat er jetzt das Maul voll Brei,  
Muß er schwieren unterdeisen.  
Hätt' er aber Mäuler zwei,  
Löge er sogar beim Trezen.“

Wenn die Vorführer vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bezüglich ihrer Glaubwürdigkeit von ihren eigenen Genossen so eingeschükt werden, dann wissen die christlichen Arbeiter, was sie von diesen Herren und ihrem Streitbruchgedenkt zu halten haben.

## Aus der Arbeiterbewegung.

### Eine neue Reise gegen den christlichen Staats- und Gemeindearbeiter-Verband.

Durch die sozialdemokratische Presse geht eine Notiz, nach der gegen den Centralvorsitzenden des genannten Verbandes, den Landtagsabgeordneten Oswald, den 2. Vorsitzenden Peter Tremmel und den Zentralausschäfer hat seitens der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Betrug und Bilanzverfälschung eingeleitet sei.

Diese Notiz ist die Fortsetzung einer Reise, die im August vergangenen Jahres gegen den Verband einzog und zwar infolge einer Denunziation, die der frühere Verbandsbeamte Johannes Wolf, der vom Centralvorsitz seines Amtes entzogen werden mußte, aus Rosche gefügt wurde. Der Gehalt dieser Denunziation ist Gegenstand einer noch schwelenden Privatklage, die gegen Wolf angezeigt wurde. In der Zwischenzeit hat Wolf bei der lgl. Staatsanwaltschaft Aachen eine Denunziation eingereicht, die sich ungestraft mit dem Inhalt der Denunziation deckt. Die lgl. Staatsanwaltschaft hatte zunächst die größte Nähe, aus dem verantworteten Inhalt der Denunziation herauszufinden, was der Denunziante eigentlich

wollte. Nachdem dies auf Grund einer Rückfrage festgestellt war, ging der Staatsanwalt pflichtgemäß der Sache nach, sah sich aber sofort nach Prüfung der Anlage gezwungen, von der Eröffnung eines Verfahrens abzusehen, da auch nicht der mindeste Grund hierfür vorlag.

Der ganze Vorfall ist ein neuer Beweis dafür, wie frappierend die sozialdemokratische Presse mit der Ehre ihrer Mitmenschen umgeht und wie ihr jedes Mittel recht ist, um den verhassten christlichen Gewerkschaften einen Schlag zu versetzen.

### Terrorismus und Schwinder.

Offensichtlich gerigte sozialdemokratische Terrorismusfälle werden fast regelmäßig in der sozialdemokratischen Presse — anscheinend ohne jede Nachprüfung — einfach als Schwindel bezeichnet. Infolge dieser Taktik sah sich der „Vorwärts“ Nr. 71/1911 gezwungen, eine Pressegesetzliche Bestätigung eines Mitgliedes unserer Berliner Ortsverwaltung zu bringen. In unserer Nr. 9 brachte wir eine Korrespondenz aus Berlin, worin dargelegt wurde, wie man dem betreffenden Kollegen sein Mitgliedsbuch abschwindelte, um seinen „freiwilligen“ Übertritt in den roten „Deutschen Metallarbeiterverband“ zu bewirken. Der Vorwärts hatte darauf unter der Stichmarke „Wieder ein Terrorismusschwindel“ behauptet, der Übertritt sei „durchaus freiwillig“ erfolgt; wer nun aber in Wirklichkeit geschwindelt, zeigt die nachstehend wiedergegebene Bestätigung:

„Die in Nr. 66 des „Vorwärts“ vom 18. März unter dem Titel: „Wieder ein Terrorismusschwindel“ aufgestellte Behauptung, daß mein dort in Frage stehender „Übertritt durchaus freiwillig“ vom christlichen zum „Deutschen Metallarbeiterverband“ erfolgt sei und ich auf Grund Drohung meines älteren Bruders den Übertritt rückgängig gemacht hätte, ist unwahr.“

Wahr bleibt hingegen, daß meine Überschreibung zum Deutschen Metallarbeiterverband, nachdem mir mein Mitgliedsbuch unter dem Vorwand der Einsichtnahme von dem Arbeiter Hoffmann weggenommen war, durch den Vertrauensmann Schmidt, trotz meines Protestierens, bewerkstelligt wurde.

Ferner ist wahr, daß die in Frage stehenden deutschen Metallarbeiterverbandsmitglieder Hoffmann und Schmidt mich erschienen, zwecks Regelung des Falles mit zum Verbandsbüro zu gehen. Als ich dort ankom, mutete man mir im Beisein des ersten Bevollmächtigten Herrn Adolf Cohen an, eine Erklärung zu unterschreiben, wonach mein Übertritt freiwillig erfolgt sei.

Als ich diese Summation ablehnte, wurde ich mit dem Bemerkten, ich sollte das deutsche Metallarbeiterverbandsmitgliedsbuch wiederbringen, dann erhielt ich mein altes Buch retour, kurzerhand entlassen. Die Abholung meines christlichen Metallarbeiterverbandsmitgliedsbuches konnte deswegen nicht gleich erfolgen, weil ich an einer Fußquetschung knick zu feiern gestingt war.

Nach demselben Muster wird jetzt die Wahrheit ins Gegenteil umgedreht bei einer schmachvollen Blamage, die sich sozialdemokratisch organisierte Holzarbeiter in einer Möbelfabrik Pauli in Köln holten. Hier verlangten die sozialdemokratischen Verbändler die Entlassung eines kürzlich eingestellten christlichen Holzarbeiters, des einzigen im Betrieb bei 70 Arbeitern. Der Firmeninhaber lehnte dies ab und ließ die Genossen, als sie rabiat wurden, den Betrieb von außen ansehen. Als der christliche Holzarbeiterverband jetzt ernstlich Miene machte, die Stellen der Terroristen zu bejeweln, ließen lebhafte zum Arbeitgeber und baten ihn wehmäßig um ihre Wiedereinstellung; der Lokalbeamte des roten Verbandes und selbst die Frauen der „Großen“ bemühten sich — es sollen sogar Tränen geflossen sein —, sodaß der Arbeitgeber schließlich Mitleid empfand und die Leute wieder in Graden annahm, mit Ausnahme des sozialdemokratischen Vertragsmannes und Stabsführers, an dessen Stelle ein zweiter christlicher Gewerkschafter in Stellung trat. Dies der wahrscheinlichste Tatbestand. Und nun gehen Artikel durch die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse, in denen die Tathacker mit frecher Stirne abgeleugnet werden. Der offensichtliche Terrorismus der undiskutablen „Genossen“ wird in einen angriffsreichen Vorstoß des christlichen Verbandes und die schamvolle Niederlage der Terroristen in ein Skandal der Christlichen umgelogen — eine Unverscörenheit, die ihres Gleichen sucht.

### Roter Terrorismus.

In Saarbrücken, wo es der sozialdemokratische Schneiderverband unter Drohung der Arbeitsniederlegung erreichte, die Christlichen vor den gemeinsamen Tarifberatungen auszuschießen, versuchten die Genossen jetzt nach dem Spruch „Entweder tot oder kein Punkt!“ ihre wahre Freiheit zu betätigen. Bei der Firma Dilg wurde der christlich organisierte Schneider Hemmer eingestellt. Als Hemmer die Arbeit aufnahm, wurde, nachdem erst nach seiner Verbandszugehörigkeit gefragt, sofort erläutert, daß, wenn er dem christlichen Schneiderverband angehöre, er dort nicht arbeiten könne, da alles „reit“ organisiert sei. Als Hemmer hierauf nicht reagierte, wurde zweimal, einmal durch einen Bevollmächtigten und das anderermal in corona die sofortige Entlassung des Christlichen unter Androhung der Arbeitsniederlegung verlangt. — Erfreilicherweise blieb die Firma fest und wies die Forderung entschieden zurück und so gaben sich die Terroristen nach dreiviertelstündigem Streit zufrieden, ohne ihren Zweck erreicht zu haben.

Ein zweiter Fall, der aber für die Terroristen von Erfolg war, geschah in Biesbaden. Bei der Dienstleistungsfirma Bacharach arbeitete der Schneider Wagner, der vor einem Jahre von der Firma aus Wien engagiert wurde. Schon lange war Wagner und andere, die christlich organisiert sind, den Freien ein Dorn im Auge und erster deswegen, weil er den Rollen keine Antwort schuldbitig blieb. Aber es fehlte immer noch ein Grund zum Vorgehen. Jetzt auf einmal sollte Wagner das kollegiale Zusammenarbeiten dadurch unmöglich gemacht haben, indem er gesagt hätte, daß, wenn die Freien die Arbeit niedergelegen sollten, um die Christlichen aus dem Reich zu bringen, dann genüge ein Telegramm, und die Weltkrieg wäre neu beginnt. Das darf ruhig wahr sein. Da jedoch einem Fälle ist dies

nicht nur selbstverständlich, sondern eine Pflicht. Was lautet die Parole: „Entweder überhaupt zum freien Verband dann soll alles vergessen sein, oder —“ Am andern Tage verlangte eine rote Kommission, indem noch sonstiges hinzugefügt und alles schön nach rotem Geschmack gepfeffert wurde, die Entlassung des Wagner und — Wagner war entlassen.

Mögen unsere christlichen Arbeiter also aus aus diesen Vorfällen die richtige Lehre ziehen: Stärkung unserer christlichen Gewerkschaften!

## Rundschau.

Die Schwangerschaft im Arbeitgeberkreis ist steuerpflichtig geworden. Das gebräuchliche Mittel der Arbeitgeberverbände, Ausschreibungen besonders wichtig zu machen, ist, die Mitglieder durch Hinterlegung eines Solowechsels von beträchtlicher Höhe zur Solidarität zu gewinnen. Dieser Wechsel wurde sofort in Umlauf gesetzt, wenn ein Arbeitgeber den Aussperrungsbeschluß nicht befolgte, und der Ausschreiber mußte den Wechsel einschenken. Er wurde also für seinen Rücktritt von der Verabredung in empfindlicher Weise an seinem Vermögen gestraft. Mancher kleine und mittlere Unternehmer, der gern hätte weiter arbeiten lassen, fügte sich, veranlaßt durch das Denkmalsschwert des Solowechsels, „der Tod gehorcht, nicht dem eigenen Triebe“, dem Aussperrungsbeschluß. Auch die entgegenstehenden Bestimmungen des § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung äußerten nichts daran. Nach diesen Bestimmungen kann man von Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen jederzeit zurücktreten ohne die vertraglich eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Wechsel enthielt eben nichts, was seinen eigentlichen Zweck erkennen ließ, sondern er war wie jeder andere Wechsel ausgestellt und mußte am Verfallstage eingelöst werden. Die Reichsfinanzreform brachte nun auch Rendierung der Wechselseitsteuer, welche den Kautionswechseln derartige Schwierigkeiten machte, daß ihre Weiterverwendung den Arbeitgeberverbänden unzuverlässig erscheint. Jetzt werden neue Mittel gesucht, um die Fluktuation zu bannen und die Fahnenflüchtigen bei der Stange zu halten. Justizrat Dr. Fuß-Mainz, setzte nun in Nr. 7 der „Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeiterverbände“ auseinander, wie dies zu geschehen habe. Er empfiehlt den Arbeitgeberverbänden die mit zahlreichen mittleren Betrieben zu tun haben, anstelle des Solowechsels das abstrakte Schulversprechen zu setzen. Dies könnte im Urkundenprozeß eingesetzt werden. Selbstredend müßte es so abgefaßt sein, daß jede Bezugnahme auf das zu Grund liegende Rechtsverhältnis unterbliebe. — Es ist uns ganz gleichgültig, wie die Arbeitgeber die Fluktuation in ihren eigenen Reihen zu bannen. Auf der Seite sollte man aber angemessener offenkundiger Umgehung des § 152 Abs. 2 der G.O. endlich das Gerede vom Terrorismus der „organisierten“ den „unorganisierten“ Arbeitern gegenüber einstellen. „Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!“

**Eine einzigartige Feier** fand am Sonntag, den 2. April auf dem alten Friedhof der Berliner Luisenstädtischen Gemeinde statt, die Enthüllung eines Grabdenkmals für einen christlich-nationalen Gewerkschafter. Dreitausend Buchdrucker aus dem ganzen Reich hatten ihr Scherlein dazu getan, um dem vor 1½ Jahren verstorbenen langjährigen Vorstand des Gutenbergbundes, dem Buchdrucker Karl Illig, einen Denkstein auf sein Grab zu setzen. Die Weihereide hielt der bekannte Förderer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Pastor Lic. Mumm.

Wollt sie die Pausen der jugendlichen Arbeit willkürlich verbieten, wurden Geschäftsführer und Betriebsingenieur einer Neuer Fabrik vom Schöffengericht wegen Vergehen gegen die §§ 136 und 146 der G.O. jeder zu zehn Mack Geldstrafe verurteilt. Das Werk hat die sogenannte englische Arbeitszeit eingeführt. Die jugendlichen Arbeiter wurden statt wie bisher um 6 Uhr schon um 4 Uhr entlassen. Dafür wurde die Mittagspause gekürzt und die Nachmittagspause ganz abgeschafft, sodass eine achtstündige Arbeitszeit verblieb. Das Schöffengericht war zu einer Verurteilung gekommen, weil nach dem § 136 der G.O. nur dann die Pause fortfallen kann, wenn die tägliche Arbeitszeit nicht mehr wie acht Stunden beträgt. Die Strafkammer sprach als Berufungsinstanz die Beklagten frei. Das Oberlandesgericht war aber anderer Ansicht als die Strafkammer. Das freisprechende Urteil wurde aufgehoben und die Angelegenheit an die Vorinstanz zur Festsetzung der Strafe zurückverwiesen. Das Oberlandesgericht sagt in seiner Begründung: „Die Angeklagten seien nicht berechtigt, sich beliebig über den Kuren Wortlaut des Gesetzes hinwegzusetzen. Zur Rendierung der Pausen sei die Zustimmung der oberen Verwaltungsbörde nötig, welche nicht nachgesucht worden sei. Within seien die Angeklagten auf jeden Fall wegen Vergehen gegen die §§ 136 und 146 der G.O. zu verurteilt.“

Ist eine Tarifgemeinschaft prozeßfähig? Diese bisher umstrittene Frage ist am 22. März d. J. vom Reichsgericht in befriedigendem Sinne entschieden worden. Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker, vertreten durch ihr Tarifamt, war von ihrem früheren Mitglied Buchdruckereibesitzer Fr. Bilesen beim Landgericht Berlin I verklagt worden. Gegen die Klage wendete die Tarifgemeinschaft ein, sie könne gar nicht verklagt werden, weil sie:

1. Ein soziales Gebilde sei, dem jede Parteilichkeit abgehe, sie sei keine Gesellschaft, kein Verein, überhaupt in keiner Weise ein Rechtsgebilde.

2. Habt sie keine gesetzliche Vertretung.

3. Sei der Rechtsweg gegen sie unzulässig, weil der Buchdruckertarif die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausschließt und anordne, die Entscheidungen des Tarifamtes seien für alle Mitglieder rechtsverbindlich.

Das Landgericht ließ diese Einwände nach den Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände nicht gelten. Die Tarifgemeinschaft weise alle Merkmale auf, die nach Entscheidung des Reichsgerichtes Bd. 60, S. 94 ff. für einen nicht rechtsfähigen Verein gegeben seien; sie sei mitin nach § 50 der Zivilprozeßordnung parteifähig. Das Tarifamt sei zur Vertretung der Tarifgemeinschaft vor Gericht legitimiert, wenn auch nicht ausdrücklich, durch Statut oder beauftragt, da es tatsächlich die Funktion eines auch nach außen hin wirksamen Organs der Tarifgemeinschaft ausgeübt. Die Berufung an das Kammergericht und die Revision an Reichsgericht waren erfolglos. Die Tarifgemeinschaft ist also prozeßfähig, und sie kann wohl verklagt werden, aber selber nicht klagen.

Eine Syndikatsmäßigkeit scheint bei unseren Montan gewaltigen eingeföhrt zu sein. Höchst sprengte die Stabeisenvereinigung und die Halberger Hütte im Verein mit Deutsch-Lugemburg (Stinnes) das Gusshöhlen-Syndikat. Ein Westdeutsches Teilstabikat scheiterte an den Ansprüchen von Deutsch-Lugemburg.

Nun soll nach dem „Rh. Westf. Zeitg.“ unter westdeutschen Stabereien insofern eine Art Vereinigung zustande gekommen sein, als man die Verpflichtung getroffen hat, sich bei größeren Aufträgen vorher über die Preise zu verstündigen. Dieser Vereinigung gehören an: die Halberger Hütte, die Friedrich-Wilhelms-Hütte, Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hütten-A.G., die A.G. Lauchhammer, die Buderusischen Eisenwerke in Weimar und die Westdeutschen Eisenwerke in Kräh.

Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Bandeisenwerke will den neuen Wettbewerb der Vereinigten Stahlwerke von der Lippe und Wissener Hütte durch Kampfpreise niederschlagen. Während der offizielle Preis 140—145 M. beträgt, ist der Kampfpriis 135 M. Es droht diesem Syndikat auch noch weiterer Wettbewerb. Die Gelsenkirchener Bergwerksgeellschaft, Abteilung Rothe Erde in Aachen, will auch ein Bandeisenwerk errichten. Wie lange sich das Syndikat da noch halten wird, ist nur eine Frage der Zeit.

Auch im Kohlenhöhlkatal sind die Verhandlungen über den neuen Syndikatsvertrag auf den toten Punkt angelangt. Zwischen „Hüttenzeichen“ und „reinen Zechen“ will sich gar keine Vereinigung über „Beteiligung und Umlage“ erzielen lassen. Angefachts dieser Schwierigkeiten ist folgende Zuschrift, welche die „Röhr. Volksztg.“ aus Berlin erhält, sehr bemerkenswert:

**Ein Jubelschrei!** „Am 31. März 1911 gusseiserne Muffenröhren sindikatsfrei!“ So laufen wir in den letzten Tagen in dicken Zeitungsanzeigen der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks- und Hütten-Mitgliedergesellschaft. Diese dicken Anzeigen machen auf uns den Eindruck eines Jubelschreis. Die Deutsch-Lugemburgische Gesellschaft ruft aus vollem Halse in die Geschäftswelt hinaus: „Syndikatsfrei!“ Bezieht sich dieser Jubelschrei „Syndikatsfrei!“ nur auf gusseiserne Muffenröhren? Oder ist von diesem Jubelschrei auf die Milch der syndikatsfreien Entwicklungsort bei dem „Jupiter omnipoetus“ der Deutsch-Lugemburgischen Gesellschaft überhaupt zu schließen?

Der „Maßgebende“ bei Deutsch-Lugemburg ist bekanntlich Herr Hugo Stinnes, der in letzter Zeit seine eigene Mohnen-Großhandlung und Großederei monopolartig ausbaute.

**Ein verkracktes Gewerkschaftshaus.** Diesmal sind es die Kasseler Sozialdemokraten, denen das Gewerkschaftshaus von einem Großindustriellen, dem Lokomotivfabrikanten Henschel weggekauft wird. Vor einigen Jahren kaufte ebenfalls Stinnes das schon vor der Fertigstellung „verkrachte“ Gewerkschaftshaus der Essener Sozialdemokraten. Im sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus in Kassel befinden sich in lieblicher Eintracht Gewerkschaftsbüros, Arbeiter- und Parteisekretariat, Konsumvereinsladen, Druckerei, Expedition, Buchhandlung und Redaktion des sozialdemokratischen Volksblattes. Dem Redaktionsstabe des Letzteren gehört auch bekanntlich der Reichstagabgeordnete Scheidenmann an, welcher die „äußere Politik“ der Sozialdemokraten im Reichstage vertrit. Anscheinend reichen seine Beziehungen zum „sozialdemokratischen Finanzministerium“ nicht hin, um bei ihm eine Hypothek loszumachen. Und so kam das „rote Volkshaus“ unter den Hammer.

**Das Stettiner sozialdemokratische Gewerkschaftskartell** demonstriert die Voraussetzung, daß das Gewerkschaftskartell beschlossen habe, jeder sozialdemokratische Gewerkschaftler müsse zur kommenden Reichstagswahl 50 Pf. zum Wahlsonder stiftet. Der Beschluß sei nicht vom Kartell gesetzt, sondern durch die Bahnhofsvorstände, welche von den Parteiinstanzen zu einer Konferenz eingeladen worden seien. Auch habe der Beschluß die Gewerkschaftsmitglieder und Volkskassen nur moralisch verpflichten wollen. Durch dieses Dementi wird die Sache noch schlimmer. Die „moralische“ Verpflichtung kennt man. Sie riecht nach der Methode „... und folgst du nicht willig, dann brauch ich Gewalt!“ Ein interessantes Geständnis ist es übrigens, daß die Parteiinstanzen einfach das Kartell als überflüssig an die Seite stellen und die Gewerkschaftsvorstände kommandierten Rückgraterweichung der Gewerkschaftssozialisten! Was doch die rote Parteifuchsie nicht alles zuwege bringt.

**Beim sozialdemokratischen Hetzer- und Maschinistenverband** scheint der Größenwahn im Blute zu liegen. In Dortmund beim „Putsch“ auf der Union schalteten diese Gewerkschaftsleute unseres Verband kurzerhand schon bei den Vorbereitungen aus. Als unsere Kollegen sich dann an die Werksleitung wandten mit dem Erischen, um Beziehung zur Verhandlungskommission, da schimpften die roten Führer des Maschinistenverbandes: „Verräter!“ Hierbei schlossen diese „Ausharbeitervertreter“ natürlich von sich auf andere. Folgendes Vorommnis aus jüngster Zeit ist dafür eine geeignete Illustration. In den Hamburger Brauereien, wo nur sozialdemokratische Verbände in Frage kommen, hatte der Brauerverband kürzlich eine Tarifbewegung eingeleitet. Da kommen andere sozialdemokratische Verbände, Hetzer und Maschinisten, Böttcher und Transportarbeiter, fielen ihrem roten Bruder in den Rücken und schlossen ohne ihn den Tarifvertrag ab, den Bruder Brauer nur noch ergeben anerkannt durfte. Über diesen „brüderlichen“ Streit sind die sozialdemokratischen Brauer ganz aus dem Häuschen geraten. In ihrer „Verbandszeitung“ Nr. 7/1911 klagen sie Stein und Bein über eine detartige zukunftsstaatliche Solidarität.

„Die Brauereien sehend, daß wir auf ihre ungenügenden Zugeständnisse nicht eingehen, daß sie nicht eher Ruhe haben würden, bis sie erheblich weiter entgegenkommen, hatten bei anderen Verbänden Hilfe gesucht und leider gefunden! Wir hatten nicht mehr nötig, unsere Vermittlungsvorschläge zu machen, denn andere freie Gewerkschaften hatten hinter unserem Rücken ... bereits abgeschlossen!!! ... Die Vertreter der handvoll Maschinisten hatten sogar einer offenkundigen Verschlechterung auch für die große Masse der Berufsgenossen zugestimmt, um nur ja ihre Agitationsschäfchen ins Trockne zu bringen!“

Es sind „Strategen“ die Leute vom Maschinisten- und Hetzerverband. Ihr Homburg-Büro und Betriebsleitung. In Dortmund Großmannsstadt, Putsch und schändlicher Herfall. — Man sieht, die Art hat wirklich das Zeug, die Welt umzutremeln — aber wie!

Wenn Klassenkämpfer Unternehmer werden und dann — häuten sie sich. Zu der Vorortätsdruckerei sagte seiner Zeit ein solcher dürrig-prodig: „Ah was, persönliche Ehre der Arbeiter!“ und ein anderer mußte sich neuver-

bings am Gericht bestätigen lassen, daß sein „kapitalistischer“ Trieb ihn jede Rücksicht auf seine Mitmenschen vergessen lasse.

Das Organ des Verbandes der Arbeiter der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (christliche Gewerkschaft) hatte über Unsauberkeit in der Bäckerei eines sozialdemokratischen „Großen“, des Herrn Gohmann in Düsseldorf berichtet. Der Staatsanwalt leitete darauf das Verfahren wegen Nahrungsmittelvergehens ein. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 33 Mark Geldstrafe.

Die Verhandlung hatte insofern einen interessanten Hintergrund, als Gohmann ein waschechter Sozialist, Vorstand und langjähriger Leiter der Düsseldorfer Bäckerei des sozialdemokratischen Bäckerverbandes war. Er wurde sogar für würdig befunden, auch als Meister mit der Leitung des Verbandes betraut zu werden und spielte bis in die letzte Zeit einen eifrigen Agitator für den Verband und die sozialdemokratische Partei.

Vor Gericht wurde ein geradezu „idyllisches“ Bild über den Betrieb dieses Genossen entworfen. Ein Zeuge bekundete, daß Gohmann weder die vorgeschriebene Sonntagsruhe noch den Magazinarbeitsstag eingehalten habe; daß Gohmann seine Gefallen mit Schimpfwörtern traktierte; daß Schlafzimmer und Betten der Gefallen von Wanzen gewimmelt haben; daß der Bäcker zu gleicher Zeit Puh-eimer war und zum Reinigen des Ofens benutzt worden sei; daß die Brötchenstücke der Käse als Lagerstätte dienten; daß Wanzen im Backtröpfchen herumließen; daß von Mäusen angefressene und mit Müllereibrot durchsetzte Brötchen zu Paniermeist verarbeitet wurden und daß auch die Sauberkeit der Backstube ungenügend gewesen sei. Im Brötchenriegel sei einmal im Beisein Gohmanns eine fingerdicke rote Schnecke gefunden und der Brötchenriegel zweckmäßig zu Backwaren verarbeitet worden.

Gohmann fragte, um seine Ehre reparieren zu lassen. Der „Erfolg“ war für den Kläger niederschmetternd. Das Urteil des Schöffengerichts lautete:

„Der vom Verklagten angebrachte Beweis gilt als vollständig erbracht. Es ist das gute Recht des Redakteurs, auf solche Vorwürfe hinzuweisen. Der Verklagte wird freigesprochen; die Kosten werden dem Kläger auferlegt.“

Gegen das Urteil legte der Verurteilte Berufung ein. Die Sache kam am 22. Februar nochmals zur Verhandlung am Landgericht. Der Zeuge bleibt bei seiner ersten Aussage. Der Angeklagte fühlt sich bestmöglich, dem Zeugen Unwahrheit vorzuwerfen, worauf ihm vom Vorrichtenden erwidert wurde: „Sie gelogen, Sie sind doch schon wegen Verleumdung zu mir Meineid mit Bucht Haus vorbestraft und Sie haben am allerwenigsten ein Recht, dem Zeugen Lügen vorzuwerfen.“ Nach einer kurzen Beratung wurde das Urteil verkündigt: Die Berufung des Angeklagten wird verworfen.

Man macht diesen Gohmann zweckmäßig zum Direktor sämtlicher Bäckereien des sozialdemokratischen Zukunftstaates“, meint das Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes. Wir schließen uns dem Vorschlag an; denn waschechte Genossen „verschlingen“ erschütterngemäß alles unbeschön, wenn's nur aus roter Quelle kommt.

**Die sozialdemokratische Presse und ihre Redakteure** wurden wieder mal gründlich reingelogen! Als Herr Johannes Wolf die „große Aktion“ gegen seinen früheren Verband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arbeiter begann, jubelte die sozialdemokratische Presse hell auf; sie hatte einen Helfer gefunden, der gegen die christlichen Gewerkschaften mit „gut geschliffener Klinge“ aufzutreten schien. Viele dieser Zeitungen drückten mit entsprechenden gehässigen Kommentaren versehen, die in der Wolfsbücherei enthaltenen Beleidigungen nach und zogen sich deswegen eine Klage zu. Nur wenige sozialdemokratische Gewerkschaftsblätter fielen auf die Geschichte nicht herein und würdigten die Motive, die Wolf zu seinem Vorgehen veranlaßt hatten, in durchaus richtiger Weise. Was aber müssen die vielen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsblätter jetzt erleben?

Der Leitung obengenannten Verbandes ging aus Braunschweig die Nachricht zu, daß Wolf durch eine Mittelperson von den christlichen Gewerkschaften Braunschweigs 250 M. haben wolle. Dafür wolle er die verklagten sozialdemokratischen Redakteure „gründlich reinlegen“. Der Verbandsleitung erschien diese Nachricht so ungeheuerlich, daß sie vorerst an der Richtigkeit zweifelte und feststellen ließ, an wen sich Wolf gewandt und wie der Auftrag lautete. Daraufhin erhielt sie folgenden Brief:

Braunschweig, 6. 4. 1911.

Ich bestätige hiermit, daß die Anerkennung Wolfs, die christlichen Gewerkschaften möchten ihm 250 M. geben, dann würde er die sozialdemokratischen Redakteure gründlich reinlegen, vollständig auf Wahrheit beruft. Ich selbst sollte eventuell nach ... gehen, damit derselbe die Vermittlung übernehme. Die Angelegenheit müßte aber bis 29 März erledigt sein. Diese meine Aussage würde ich nötigenfalls auch vor Gericht beeidigen.

Folgt Unterschrift.

Der Inhalt dieses Briefes spricht Bände. Was sagen aber die jetzt schon „gründlich reingelogenen“ sozialdemokratischen Zeitungen und Redakteure dazu?

## Streiks und Lohnbewegungen.

### Zum Zusammenbruch des sozialdemokratischen Streiks auf der Dortmunder „Union“.

Wie zu erwarten war, wurde der Streik auf der „Union“ in verhältnismäßig kurzer Zeit für beendet erklärt. Überzeugt von dem Ausgang werden nur diejenigen gewesen sein, die zu den gläubigen Seelen der „Dortm. Arbeiterztg.“ zählen, die Sozialdemokraten, denen das Lesen einer anderen Presse verbieten ist. Die Lage des Streiks wurde dort nach Ende der vergangenen Woche in den rosigsten Farben geschildert. Man las da:

„Alle Bemühungen, Arbeitswillige zu erhalten, sind erfolglos. Die Schlackenmühle steht still. Das Hauptwalzwerk, Walzwerk 1, liegt noch immer völlig still. Maschinen sind kaputt.“

Diese und ähnliche Nachrichten wurden von der „Arbeiterzeitung“ noch Ende vergangener Woche verbreitet. Bloßlich kam in der Montagsnummer die Mitteilung: „Der Streik ist abgebrochen.“

Begründet wurde der Abbruch mit dem Umstand, daß in den letzten Tagen eine größere Anzahl der am Streik beteiligten Arbeiter fahnenflüchtig geworden sei. Die Leute der „Arbeiterztg.“ werden wie aus den Wolken gefallen sein. Am Donnerstag war die Streikfrage laut „Arbeiterzeitung“ gänzlich, am Samstag wird laut Bericht der letzten Zeitung die Arbeit wegen der in den letzten Tagen erfolgten Fahnenflucht bedingungslos aufgenommen. Das ist ein Musterbeispiel, wie es die sozialdemokratische Presse macht.

Wohl selten ist ein Streik berichtig zweit eingelernt und so mit Arbeiterschäden Schindluder getrieben worden, wie bei dem Maschinistenstreik auf der „Union“. Im sozialdemokratischen Größenwahn beschloß man die Ausschaltung der christlichen Organisation. Den Machern im roten Lager standen ihre politischen Interessen höher als die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Als der Streik unter Kontraktbruch in Szene gesetzt wurde, war die öffentliche Meinung gegen ihn. Die sozialdemokratischen Machen wurden durchschaut. Der Streik endete mit einer vernichtenden Niederlage der sozialdemokratischen Organisationen und der mit denselben verbündeten Hirsch-Duncker'schen Nachläufer. Verantwortlich für den blamablen Ausgang des Kampfes sind nicht die streikenden Arbeiter, sondern deren Führer.

Genau wie in Pforzheim den sozialdemokratischen Führern die flauen Gedanken erst nach ihrer Niederlage kamen, so auch in Dortmund. In Pforzheim wurde der Reinfall mit der schlechten Konjunktur, in Dortmund mit der ungünstigen gewerkschaftlichen Schulung der Mitglieder begründet. Das aber mußten Führer auch vorher wissen. Die Pflicht dieser Führer war es, die Arbeiter von dem Kontraktbruch zurückzuholen und ihn mit den Mitteln der Organisation zu verhindern. Sie mußten sich auch der Folgen der Ausschaltung der christlichen Organisation bewußt sein. Aber jede Vernunft mußte zurückgestellt werden, galt doch der Kampf auch in erster Linie den verhafteten christlichen Gewerkschaften. Denn christlichen Metallarbeiterverband sollte auf der „Union“ der Boden entzogen werden. Unsere Organisation steht aber stärker da denn je, und — die so stolze Ortsgruppe des sozialdemokratischen Maschinistenverbandes, die die christlichen Arbeiter nicht nötig hatte, liegt in Trümmer. Der Zentralvorstande Schefel kann jetzt in Berlin, wie der tschechische Kaiser Augustus in Rom ausspielen: „Varus, Varus, gib mir meine Legionen wieder!“

Fausblide Lügen wurden im Verlauf des Streiks in die Welt gelegt. Je weiter der Ort von Dortmund entfernt liegt, desto mehr wurde geschwindelt. Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Chemnitz schrieb in ihrer Nummer vom 25. März:

„Bei der Dortmunder „Union“ sind wegen starken Brandauchs sämtliche Maschinisten und Heizer in den Streik getreten. „Christliche“ Streikbrecher suchten vergeblich, den Betrieb aufrecht zu halten. Dabei ereignete sich ein schwerer Unfall. Man wollte einen mit flüssigem Eisen gefüllten Kontakter umkippen. In einem solchen Falle ist nun aber eine Verstopfung mit den Arbeiter notwendig, die hier jedoch außer acht gelassen wurde. Der Kontakter kippte um, und das flüssige Eisen ergoss sich in eine Pfanne, in der drei Arbeiter tätig waren....“

Den bebauerischen Unglücksfall auf der „Union“ sucht diese Notiz den Christlichen in die Schuhe zu schieben und es sofort zu vertreten, als wäre derselbe herbeigeführt worden bei dem vergeblichen Versuch, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Wahrheit dagegen ist, daß der Unglücksfall in der plötzlichen Arbeitsniederlegung und dem plötzlichen Stillsetzen der Maschinen seine Ursache hat. Der Unfall ereignete sich also zu einer Zeit, wo von einem Versuch zur Aufrechterhaltung des Betriebes noch gar keine Rede sein konnte. Chemnitz liegt weit vom Schuß, da glaubt man mit derartigen Lügen operieren zu können. Die Arbeiterschaft kann daraus erssehen, wie es im roten Lager mit der Wachheit liege. Trotzdem werden die Vollblutgenossen nach wie vor behaupten, die sozialdemokratische Presse liegt nie! — „Verfusste Gehirne“ sagte der Obergenosse Auer. — Das Bochumer „Völksblatt“, sozialdemokratisches Organ für Bochum, schrieb:

„Die „christliche“ Taktik, den Streik politische Motive zu unterdrücken, wird wie bei der Bergarbeiterbewegung auch hier befolgt. In Erwägung irgendeiner Beweise hat sich auch in Dortmund eine christliche Meinungsabstimmung gefunden, die, wie die „Tremontia“ behauptet, übernehmen wird, nach dieser Hinsicht einen Beweis zu führen.“

Mit solchen Gemeinheiten werden die sozialdemokratischen Leser gefüllt. Bei derartigen Preherzeugnissen kann man es begreifen, wie Genossen hier dazu kam, in Essen auszurufen: „Wir (die Sozialdemokraten) sind nicht weit vom Freihause.“ Er muß es ja wissen.

Die „Metallarbeiterzeitung“ behauptet in ihrer Nr. 14, die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes haben sich gegen den Willen der örtlichen „christlichen“ Leitung dem Streik angeschlossen. Diese Behauptung ist unwahr. Die örtlichen Mitglieder haben dem Beschluss, nicht in der Streik einzutreten, Folge geleistet. Wohlweislich unterließ es die Dortmunder „Arbeiterztg.“, die den Artikel der „Metallarbeiterzeitung“ zum größten Teil zum Abbruch brachte, obige Behauptung widerzugeben. Nach der Chemnitzer „Volksstimme“ haben die christlichen Arbeiter durch ihr Weiterarbeiten das Unglück herbeigeführt; nach der „Metallarbeiterzeitung“ aber sind unsere Mitglieder gegen den Willen der Leitung in Streik getreten. Treffender kann die Verlogenheit der sozialdemokratischen Presse nicht bewiesen werden.

Im Interesse der von den Sozialdemokraten frei geführten Arbeiter ist der Ausgang des Streiks lebhaft zu beobachten. Über 100 Maschinisten, noch dazu meist ältere Arbeiter, bleiben auf der Strecke und werden nicht wieder eingestellt. Das sind die Folgen der sozialdemokratischen Heile. Angesichts dieser Niederlage und des Elends, das die Sozialdemokraten verursacht haben, kann nicht dringend genug an die deutsche Metallarbeiterchaft die Mahnung gerichtet werden, den sozialdemokratischen Lehren nicht zu folgen. Arbeitervater, dein Name ist Sozialdemokratie! Möge auch die nationale und christliche Metallarbeiterfahrt Dortmunds die Lehre aus dem Kampfe ziehen, sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen und sich hier einen starken Rückhalt zu schaffen. Das Fernbleiben von der christlichen Organisation kann, wie der Ausgang dieses Streiks zeigt, zur Gewissenlosigkeit werden. Nur durch den festen Zusammenschluß der Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften kann gewissen Leuten ihr unfaulenes Handwerk gelegt und die Arbeiterschaft vor ähnlichen Niedergängen wie auf der „Union“ bewahrt werden.

**Köln-Ehrenfeld.** In der Waggonfabrik Herbrand A. G. haben die Arbeiter aller Berufe am 8. April die Kündigung eingetragen. Die Kündigung wurde in zwei überaus stark besuchten Betriebsversammlungen am 7. April geschlossen. Grund der Kündigung ist die ablehnende Haltung der Firma gegenüber den durch den Arbeiterausschuss erlangten Forderungen. Die Forderungen enthalten: Die Festlegung der neuinstinktiven Arbeitszeit, welche schon einige Jahre im ganzen Betrieb besteht, eine zehnprozentige Lohnzehrung für alle Arbeiter und anstelle der bisherigen 14-tägigen, die Pflichtige Lohnzahlung. Das Werk, welches in den letzten Jahren bis 15 Prozent Zuwachs aufwies, beschäftigt zurzeit circa 850 Arbeiter. Die Kündigungsfrist beträgt 8 Tage. Ist bis dahin keine Einigung erzielt, werden die Arbeiter in den Streik treten.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Sindern bei Arnsberg i. W.** Bei der Firma Winterhoff ist Zuzug von Metallbrücken, Schleifern und Klemmern fern zu halten.

**Dortmund.** Die Arbeiter der Zinkhütte stehen befuß einer Neuerung des Prozentensystems im Streik.

**Düsseldorf.** Die Eisengieheler der Firma Schwarz ist seit Freitag gesperrt.

**Düsseldorf-Benrath.** Die deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter aller Art gesperrt.

**Schloß-Holte.** Auf der „Holter Eisenhütte“ (Ahd. Dr. H. Tenge) sind Differenzen ausgebrochen, wenige Kündigung zweier Kollegen. Zuzug von Belegschaftsmieden, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

**Danzig.** Auf der Seeschiffswerft F. Schichau ist Streik ausgetragen. Zugang von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

**Köln-Ehrenfeld.** Sämtliche Arbeiter der Waggonfabrik Herbrand A. G. stehen in Kündigung.

**Zugang ist fernzuhalten.**

## Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. April 1911 der lehnszehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. April 1911 fällig.

Die Ortsgruppe Wasseralfingen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. pro Woche ab 1. April ds. Jahres. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

## Adressenänderung.

**Dortmund** (Ortsverwaltung.) Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt Westerbleckstraße 64; Telefon 3879.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Chemnitz.** Wohl wir nach Angabe der hiesigen sozialdemokratischen „Volksstimme“ nur durch eine „Handvoll Christen“ hier vertreten sind, müssen die Genossen doch einen furchtbaren Respekt vor uns haben. Das zeigte sich anlässlich einer von unserer Ortsgruppe auf den 31. März angelegten öffentlichen Versammlung. In den Versammlungen der streitenden bezw. ausgesperrten Arbeiter warnten die roten Führer ihre Schäflein davor, die Versammlungen der „Christen“, wo die Kollegen Reichert und Winter über das Thema: „Wo stehen die wahren Arbeiterfeinde?“ sprechen sollten, zu besuchen. Obwohl nun aus der Ankündigung nicht zu erschien war, welcher Art von Arbeiterfeinden damit gemeint waren, merkten sie doch, daß es ihnen gelte. Na, Selbstverständnis ist der erste Schritt zur Besserung. Um nun die Sache recht zugrätzig zu machen, stellten die Genossen am Eingang des Hotels einige Vorhängen auf, die nicht nur die roten, sondern auch die bürgerlichen Besucher vom Eintritt abzuhalten suchten. Über trocken mußte das rote Fahndblatt jeden anderen Tages wehlagend berichten: „Bis 9 Uhr kamen noch so viel im Deutschen Metallarbeiterverband organisierte Leute, daß das kleine Sälichen des „Preußischen Hofes“ gut besetzt erschien.“

Der Versammlungsleiter, Kollege Sarmahl, erzielte zunächst dem Referenten Kollegen Reichert das Wort. Redner schüberte eingangs die gegenwärtige Wirtschaftslage und wies hierauf auf die Kämpfe hin, die uns in den nächsten Jahren zweifellos bevorstehen, zu denen der Verfassungsstreik und der heilige Zustand nur das Beispiel bildeten. Bei diesen Auseinandersetzungen würden wohl weniger die materiellen, als die ideellen Interessen im Vordergrund stehen, es gelte da die Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeitersstands zu erringen. Soziale Verbesserung oder Fortsetzung des Kampfes sei die Parole. Ein Entscheidung zu unseren Gunsten kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß sich die Massen der Organisation anschließen. Im Anschluß daran unterzog er das Finanzwesen des roten Metallarbeiterverbandes einer eingehenden Kritik. Letzterer sei seiner misslichen Missionserhöhung wegen den Anforderungen, die in nächster Zeit an ihn herantraten, nicht gewachsen. Die Überspannung des Unterstützungsvereins habe diese Ohnmacht zum Teil mit veranlaßt. Die Lage des Arbeitersstands werde nicht durch Unterdrückungen, sondern durch praktische Standesarbeit verbessert. Bei der in Aussicht genommenen Finanzreform habe man, statt den Abbau des nebenstaatlichen Unterstützungsvertrags zu betreiben, die Reduzierung der — Streikunterstützung ins Auge gefaßt!!! Da wäre es doch gleich zweckmäßiger gewesen, man hätte die Streikunterstützung ganz abgeschafft, damit die für soziale Unterstützungsmaße erforderlichen Mittel frei würden. Damit hätte man wenigstens ganze Arbeit gemacht. Außerdem wäre die Umarbeitung in eine Sterbelade zu empfehlen. Damit sich der rote Verband als Kampforganisation begraben lassen könnte.

Der Vortreffender Kollege Winter ergänzte diese Ausführungen in vorzülicher Weise. Bei dem irrtümlichen Hand-in-Hand-

arbeiten des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes mit der Sozialdemokratie ließ es sich nicht vermelden, daß auch letztere ihr Teil erhielt; ein Genosse, der die Deliktion doch zu stark war, fragte, ob das denn eine politische Versammlung sei. Die alte Geschichte: wird den Herren die Sache unangenehm, so schaut man sich nicht, nach Polizei und Staatsanwalt zu schreien. Wie außerdem von Seiten der roten Presse gekämpft wurde, geht daraus hervor, daß in einem speziell für den Abonnentenfang, im Einverständnis mit der Ortsverwaltung des roten Metallarbeiterverbandes herausgegebenen Flugblatt sich folgende Gemeinhalt findet:

„Endlich haben die „Neuesten Nachrichten“, die die Einsendungen des Metallarbeiterverbandes zurückweisen, sich als Organ der Streikbrecherlumpen aufgetreten und den „christlichen“ Arbeiterzerstörern, wie den „Hirschen“ ihre Spalten weit geöffnet.“

Dass es daneben an den niedrigsten Tripelbelügen und Verleumdungen nicht fehle, nimmt bei dieser Art Presse weiter nicht wunder, sie handelt eben nach dem im „Vorwärts“ Nr. 186/87 1905 veröffentlichten Decret:

„Von dem Gegner weiß man, daß er nicht zu überzeugen ist, und in der Römerik sind deshalb alle Mittel eines energischen und rücksichtslosen Kampfes gestattet. Verleumdungen, leichtfertige Behauptungen unwaricher Tatsachen, um den Gegner herabzuspielen, sind nicht sittlich verwerflich.“

Wie sehr aber die Ausführungen unserer Referenten ins Schwarze getroffen, bewies das Gettern der roten „Volksstimme“ am nächsten Tage. Die wohlverdienten Hiebe hatten gesessen und das Blättchen rächtete sich dafür nach Straßenbubenart durch ein niedliches Geschimpfe auf Kollegen Winter. „Wid wie ein Anarchist schimpft er . . .“, meint das Blättchen, und nennt ihn dann weiter: „Lügnerisch“, „Christ“- und Reichsverbandschüler“, „Durschen“, „unmanierlicher Arbeiterzerstörer“, „Lügnerkanone“, „Krupploser Mensch“ usw.

Man sieht, die hiesigen Genossen sind tapfere Schreiter. Wer nun aber glaubt, von den nach Ansicht des Genossenblattes in unserer Versammlung so zahlreich aufsehenden Genossen hätte einer in der Diskussion zur Gleichberechtigung der roten Freiheitaten das Wort ergriffen, fahrt sich schwer enttäuscht. Diese Helden finden es bequemer, dort, wo sie den großen Haufen bilden, den Gegner niedergubrüllen oder ihn auf dem gebildigen Papier ihrer Presse zu beschimpfen.

Nach Bekündigung der öffentlichen Versammlung erfolgte

dann die Einführung unseres neuen Bezirksbeamten, des Kollegen Reichert. Für uns gilt es nun, auch hier in Sachsen an der Festigung unserer Position zu arbeiten. Mag sich die Sozialdemokratie demgegenüber noch so wild geben, das zeigt uns, daß wir auf dem rechten Wege sind. Es fällt uns nicht ein, uns unsere Existenzberechtigung von der „Gnade“ und „Großmut“ der Genossen zu erbetteln.

Mögen sie uns immerhin bekämpfen; im Kampf ist unsere Organisation groß und stark geworden. Auch im „roten“ Sachsen werden wir uns unsere Position zu erringen wissen, und wenn die Roten darob schwarz und blau vor Vergelt werden.

**Vangertwehe.** (Nabler.) In der Nähe unseres Ortes liegt am Fuße der Eifel in einem schönen Tale, von einem silberhellern Bach durchflossen, ein kleiner Ort, genannt Schoenthal. Die Häuser sind meistens im Villenstil erbaut und ausflügelte von nah und fern, besonders von Lachen, machen dieses Schoenthal zum Ziel ihrer Lösungsausflüge. Dem Namen nach zu urteilen sollte man annehmen, daß auch sonst dort alles, auch für die Arbeiter, schön sei, was allerdings nicht der Fall ist. In diesem Tale hat sich im Laufe der Jahre auch die Industrie ein Plätzchen ausgesucht. Die dortige Nadelfabrik, der Firma Schleicher gehörig, stand früher, besonders durch die Erfindung neuer Schauerbänke, auf der Höhe. Diese neuen Maschinen waren eigenes Produkt der Firma und leisteten bedeutend mehr als die alten Schauerbänke, welche auch noch in Lachen, der Heimat der Nadelindustrie in Gebrauch waren. Den Vorteil, welchen die Firma vor den übrigen Nadelfabriken voraus hatte, hat sie sehr gut zu wahren verstanden, indem sie an den Maschinen beschäftigten Arbeiter unter Eid verpflichtet wurden, das Geheimnis nicht zu verraten. Unter dem Druck dieses Eides wurden die Arbeiter jahrelang festgehalten, konnten eine andere Arbeitsstelle nicht aufzufinden und waren dadurch behindert, ihre Lage zu verbessern. Eines Tages wurde dieser Band durchbrochen, indem die betreffenden Arbeiter in Lachen neue Arbeit suchten. Klagen, welche die Firma wegen Eidsbruch anstrengte, wurden vom Gericht abgewiesen.

Auch heute hat sich die Lage der Arbeiter im „Schoenthal“ nicht gebessert; die Arbeitsbedingungen sind dort in unserer fortgeschrittenen Zeit die denkbare schlechtesten geblieben. Arbeiter in den besten Mannesjahren verdienen einen Durchschnittslohn bis zu 18 Mark die Woche und einige wenige nur kommen bis an 20 Mark Nadelnlohn. Dafür hatten aber auch die Arbeiter das Vergnügen, wenn ein Waggonschalen an der Bahn stand, denselben für 23 Pf. die Stunde abladen zu dürfen. Die Organisation aber, welche sich überall bahnbrechend erwiesen hat, fand nun auch ihren Weg in dieses „Schoenthal“ und die Kollegen schlossen sich dem christlichen Metallarbeiterverband an. In einer Besprechung über die Angelegenheit wurden die Arbeiter sich einig, für den Preis von 23 Pf. die Stunde keine Kohlen mehr zu schaffen. Als die Arbeiter bei der nächsten Ankunft der Kohlen sich weigerten, wurden sie bestraft und durften einen Tag zu Hause bleiben. Die Firma hatte aber die Rechnung ohne die Mitglieder der Ortsgruppe Langerwehe gemacht. Durch freiwillige Beiträge wurde den Kollegen der Lohnausfall erspart.

Die Firma war nun bereit, 25 Pf. zu geben und batte dabei, daß die Arbeiter ja nur durchschnittlich 25 Pf. die Stunde verdienten. Das muß die Firma ja allerdings wissen. Von den jüngsten Beschwerden der Arbeiter sei vorläufig nur diese angeführt. Die Nadeln werden von einem Meister nachgesesehen, welcher nicht mehr über das beste Augensicht verfügt. Bezeichnet die Meister nun die Nadeln als „ordinär“, so kann das für die Arbeiter in einer Lohnperiode unter Umständen einen Lohnausfall von 3 Mark bedeuten. Der Nadelnlohn beträgt 18 Mark, Abzug 3 Mark, macht 15 Mark — und der Stundenlohn von 25 Pf. ist erreicht. — Kollegen! wollt ihr noch lange für diesen Preis arbeiten? Schließt euch alle dem christlichen Metallarbeiterverband an, dann wird sich auch eure Lage besser gestalten. H. W.

**Marktredwitz.** Die diesjährige Generalversammlung tritt einen wichtigen Besuch auf. Der Vorsitzende Kollege Märkl gab den Jahresbericht bekannt. Aus diesem ging folgendes hervor: Die Einnahmen für das verflossene Geschäftsjahr be-

legten sich auf 175,50 M.; diesen standen Ausgaben gegenüber in Höhe von 43,61 M. Am die Hauptkasse wurde der Betrag von 181,91 M. abgeführt. Die Volkkasse hatte einen Bestand von 0,85 M. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Es fanden im Berichtsjahre 12 Mitgliederversammlungen und 4 Vorstandssitzungen statt. Die Mitgliederzahl betrug 12; Neuanschaffungen hatten wir 2 zu verzeichnen.

Die Neuwahl des Vorstandes zeitigte folgendes Resultat: Kollege Josef Märkl wurde als 1. Vorsitzender einstimmig wiedergewählt; des weiteren wurden gewählt die Kollegen Ferdinand Bachofner zum zweiten Vorsitzenden, Bernhard Schäffer zum Kassierer, Karl Kühn zum 1. und Josef Kopp zum 2. Schriftführer, sowie Josef Kastner und Ignaz Raps zum Revisor. Nach Erledigung einiger weiteren Angelegenheiten lokaler Natur ernannte der Vorsitzende in seinem Schlussswort die Kollegen zu recht eifriger Werbearbeit für unser christlichen Metallarbeiterverband. Nur der Arbeiter trage sein Teil an der Hebung des Standes bei, der in der Organisation gemeinsam mit seinen Standesgenossen für die Interessen seines Standes arbeite. Der Vorsitzende schloß seinen beispielhaft aufgenommenen Appell mit der Aufforderung, nun auch in Marktredwitz noch mehr als bisher dahin zu arbeiten, daß hier die Stellung der christlichen Gewerkschafter gestiftet werde.

**Hattingen.** Gemäß einer Verfügung der Königlichen Regierung soll in verschiedenen Kreisen des Bezirks u. a. auch in Düsseldorf-Land in eine eingehende Nachprüfung der durch Verfügung vom 24. Juli 1906 festgesetzten ortsbürtigen Tagelöhne eingetreten werden. Da der ortsbürtige Tagelohn bei der Unfallversicherung, weiter auch bei der Feststellung der Unterstützung der Familien der Friedensarbeiter einzufließen Wunschhaften, nicht zulässt aber auch für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften von großer Bedeutung ist, nahmen die christlichen Gewerkschafter und der kath. und evangel. Arbeiterverein hierzu Stellung und brachten bei der Stadtverwaltung in Antrag, daß zu wirken, daß der ortsbürtige Tagelohn festgesetzt werde für männliche Personen über 16 Jahren auf 3,50 M., bisher 3,— M., für männliche Arbeiter unter 16 Jahren auf 1,80 M., bisher 1,50 M.; für weibliche Arbeiter über 16 Jahren auf 2,— M., bisher 1,90 M., unter 16 Jahren 1,50 M., bisher 1,10 M.

## Briefkosten.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer ist wegen des Osterfestes bereits Samstag vormittag.

In mehrere. Größere Einsendungen, die erst kurz vor Schluss der Redaktion eingehen, können mit dem besten Willen gewöhnlich in die betreffende Nummer des Organs nicht mehr aufgenommen werden.

Kollege J. S. Würzburg. Den Fall können wir von hier aus nicht beurteilen; wende dich an die Handwerksammer.

## Sterbetafel.

**Görlingen-Wald.** Am 27. März starb unser treuer Kollege Josef Klein im Alter von 20 Jahren infolge eines Betriebsunfalls.

**Schweinfurt.** Am 31. März starb unser Kollege Michael Fischer im Alter von 35 Jahren an Lungenleiden.

Ehreihrem Andenken!

## Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen!

**Versammlung ohne triftigen Grund keine Versammlung!**

**Danzig-Ohra.** Freitag, den 21. April, abends 8 Uhr Sonderversammlung im Cafe „Böhme“ früher „Freundlichkeit“.

**Offen-Ortsverwaltung.** Mittwoch, den 19. April, abends 2½ Uhr bei Wink, „Lindendorferstraße 299“ Vortragsabend: „Soziale Förderung aus Amerika“. Referent: Reichstaatsabgeordneter J. Giesberts Zahlreicher Besuch Ehrenlache.

**Eisen-Stadt.** Montag, den 17. April, vormittags 11 Uhr im „Alsfeldshaus“, „Krohnhoferstraße 19“ Mitgliederversammlung. Vortrag des Kollegen Niemisch: „Ist die Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei?“

**Eisen-Mittenscheid.** Montag, den 17. April, vormittags 11 Uhr bei Wallen, „Sittichenheimerstraße“ Mitgliederversammlung.

**Eisen-Recklinghausen.** Montag, den 17. April, vormittags 11 Uhr bei Köhne, „Frankenstraße“ Mitgliederversammlung mit Vortrag.

**Gelsenkirchen-Hüllens.** Mittwoch, den 19. April abends 6½ Uhr Versammlung bei Nachbarschule.

**Gelsenkirchen-Bulmke.** Freitag, den 21. April abends 6½ Uhr Versammlung bei Weidner.

**Gelsenkirchen-Kleingörnewe.** Samstag, den 22. April abends 8½ Uhr Versammlung bei Dirkes.

**Reichscl.** Freitag Abend zwischen 1½—1½ Uhr Gesellschaftsruhe.

**Köln-Ehrenfeld.** Samstag, den 15. April, abends 9 Uhr bei Körnitzer, „Kleyerstraße“, Mitgliederversammlung.

**Köln-Deutz.** Donnerstag, den 16. April fällt unsere Versammlung aus.

**Köln-Dellbrück.** Sonntag, den 18. April fällt unsere Versammlung aus.

**Köln-Kalk.** Sonntag, den 23. April, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Hotel Schröder. Alle Kollegen erscheinen.

**Königshuld.** Montag, den 17. April, nachm. 3 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrn Wils. Vogt in Wingen. Rüttlich erscheinen und "organisierte" mitbringen. Referent: Kollege Ezota, Kallowitz.

**Mannheim-Käfertal.** Samstag, den 22. April Versammlung im Enzel.

**Olsberg.** Montag, den 17. April (Ostermontag) nachm. 4 Uhr Versammlung bei Hellermann in Bigas.

**Pforzheim-Brötzingen.** Samstag, den 22. April, abends 1½ Uhr im „Prinz Max“ Mitgliederversammlung mit Vortrag des Kollegen Gengler über „Die neuen Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung“.

**Gewerkschaftssekretär gesucht.**

Das Bezirkstatell der christlichen Gewerkschafter in Köln sucht um baldigen Eintritt einen Sekretär. Es wird nur auf eine durchaus tüchtige Kraft reflektiert, die auch auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung bewandert sein muß. Das Gehalt beträgt anfangs 160 M., steigend bis 20 M. pro Monat. Bewerbungen sind unter Beifügung eines selbstgezeichneten kurzen Lebenslaufes und eines Auflasses über: „Die Aufgaben eines Kartellssekretärs“ bis zum 1. Mai zu richten an

**Peter Dedenbach, Köln, Palmenstraße 14.**